Gesetzentwurf

der Abgeordneten Dr. Däubler-Gmelin, Schmidt (Nürnberg), Bachmaier, Klein (Dieburg), Dr. Pick, Schmidt (München), Schütz, Singer, Stiegler, Wiefelspütz, Dr. de With, Catenhusen, Becker-Inglau, Blunck, Bulmahn, Conrad, Dr. Emmerlich, Adler, Faße, Ganseforth, Dr. Götte, Hämmerle, Dr. Niehuis, Seuster, Dr. Sonntag-Wolgast, Weyel, Dr. Wegner, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Problemen der künstlichen Befruchtung beim Menschen und bei Eingriffen in menschliche Keimzellen

A. Problem

Die unterschiedlichen und vielschichtigen Probleme im Zusammenhang mit den medizinisch unterstützten Fortpflanzungstechniken verlangen nach differenzierten Regelungsinstrumenten. Ausschließlich strafrechtliche Vorschriften, die lediglich grobe Mißbräuche im Zusammenhang mit der künstlichen Befruchtung verhindern können, reichen hierzu nicht aus.

B. Lösung

Die Fragen der künstlichen Befruchtung beim Menschen und bei Eingriffen in menschliche Keimzellen werden durch ein umfassendes Gesetz geregelt, das sowohl die Voraussetzungen und die Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung erfaßt, als auch strafrechtliche Vorschriften gegen die mißbräuchliche Anwendung der Fortpflanzungstechnologien und notwendige zivilrechtliche Folgeregelungen enthält.

C. Alternativen

Partielle Regelung der Materie in unterschiedlichen Gesetzen (Embryonenschutzgesetz und Adoptionsvermittlungsgesetz).

D. Kosten

Es sind keine nennenswerten Kosten zu erwarten.

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Problemen der künstlichen Befruchtung beim Menschen und bei Eingriffen in menschliche Keimzellen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Fortpflanzungsmedizinengesetz

ERSTER ABSCHNITT

Durchführung der künstlichen Befruchtung

§ 1

Begriffsbestimmung

(1) Eine künstliche Befruchtung im Sinne dieses Gesetzes nimmt vor, wer zur Herbeiführung einer Schwangerschaft

1. Samen instrumentell in die inneren Geschlechtsorgane einer Frau einbringt (Insemination),
2. außerhalb des Körpers einer Frau Eizellen mit Samenzellen vereinigt (In-vitro-Fertilisation),
3. Embryonen in die Gebärmutter oder in die Eileiter einbringt (Embryo-Transfer) oder
4. vorübergehend aus dem Körper entnommene Eizellen in die Gebärmutter oder in die Eileiter der Frau zurückversetzt, um dort eine Vereinigung mit Samenzellen zu ermöglichen.

(2) Als Embryo im Sinne dieses Gesetzes gilt bereits die befruchtete, entwicklungsfähige Eizelle vom Zeitpunkt der Kernverschmelzung an, ferner jede isolierte totipotente Zelle, die sich zu teilen und zu einem Menschen zu entwickeln vermag.

(3) In den ersten 24 Stunden nach der Kernverschmelzung gilt die befruchtete Eizelle als entwicklungsfähig, es sei denn, daß schon vor Ablauf dieses Zeitraums und vor Beginn eines die Zelle schädigenden Eingriffs festgestellt worden ist, daß sich diese nicht über das Einzell-Stadium hinaus zu entwickeln vermag.

§ 2

Arztvorbehalt, freiwillige Mitwirkung

(1) Die künstliche Befruchtung darf nur von einem Arzt vorgenommen werden.

(2) Niemand ist verpflichtet, eine künstliche Befruchtung vorzunehmen oder an ihr mitzuwirken.

§ 3

Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung

(1) Eine künstliche Befruchtung ist nur zulässig innerhalb einer bestehenden Ehe oder einer auf Dauer angelegten Partnerschaft. Die Verwendung von Ei- oder Samenzellen Dritter zur Durchführung der künstlichen Befruchtung ist unzulässig.

(2) Eine Insemination darf nur vorgenommen werden, wenn sie aus ärztlicher Sicht wegen einer Störung der Zeugungsfähigkeit des Ehemannes oder des Mannes, mit dem die Frau in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft lebt, oder wegen einer sonstigen der natürlichen Befruchtung entgegenstehenden Störung angezeigt ist.

(3) Eine künstliche Befruchtung darf im übrigen nur vorgenommen werden bei medizinisch indizierter Unfruchtbarkeit der Frau, wenn andere Behandlungsmethoden versagt haben oder aussichtslos sind.

(4) Innerhalb einer auf Dauer angelegten Partnerschaft darf die künstliche Befruchtung nur durchgeführt werden, wenn beide Partner in einer notariell beglaubigten Urkunde ihre Bereitschaft erklärt haben, die soziale Elternschaft für das zu erwartende Kind zu übernehmen und dem Arzt diese Bereitschaftserklärung vorliegt.

§ 4

Beratung

(1) Der Arzt darf eine künstliche Befruchtung nur vornehmen, wenn er mit der Frau und ihrem Ehemann oder dem Mann, mit dem die Frau in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft lebt, ein Beratungsgespräch über die mit einer derartigen Befruchtung verbundenen Gesichtspunkte, insbesondere das Kindeswohl, geführt und dieses Gespräch dokumentiert hat. Im Falle des § 3 Abs. 4 ist auch die Vorlage der Bereitschaftserklärung zu dokumentieren.

(2) Eine In-vitro-Fertilisation darf nur vorgenommen werden, wenn neben der Beratung nach Absatz 1 eine unabhängige psycho-soziale Beratung in einer von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannten Beratungsstelle erfolgt ist und dem Arzt hierüber eine Bescheinigung vorliegt.

§ 5

Einwilligung

Der Arzt darf die künstliche Befruchtung nur vornehmen, wenn die Frau und ihr Ehemann oder der Mann, mit dem die Frau in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft lebt, eingewilligt haben, und die Einwilligung schriftlich erteilt wurde. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber dem Arzt widerrufen werden.

§ 6

Aufzeichnungspflicht des Arztes

Der Arzt hat bei jeder künstlichen Befruchtung innerhalb einer auf Dauer angelegten Partnerschaft die Art und den Zeitpunkt der Maßnahme sowie Namen, Vornamen, Geburtstag, Geburtsort und Wohnort der Frau und des Mannes, dessen Samen verwendet wird, unverzüglich schriftlich aufzuzeichnen.

§ 7

Insemination

(1) Eine Insemination darf nur in einer von der zuständigen Behörde zugelassenen und unter öffentlich-rechtlicher Aufsicht stehenden Einrichtung vorgenommen werden. Die Einrichtung ist zuzulassen, wenn

1. sie unter der verantwortlichen Leitung eines fachkundigen Arztes steht,
2. sie personell und sächlich so ausgestattet ist, daß eine ordnungsgemäße Durchführung der Insemination und der Konservierung des Samens nach dem jeweiligen Stand der Medizin und Wissenschaft gewährleistet ist und
3. der Arzt über die zum Betrieb der Einrichtung erforderliche Zuverlässigkeit verfügt.

(2) Ein Wechsel des verantwortlichen Leiters der Einrichtung ist der für die Genehmigung zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen.

§ 8

**In-vitro-Fertilisation,
Embryo-Transfer und Konservierung**

(1) Künstliche Befruchtungen im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 dürfen nur in einer von der zuständigen Behörde zugelassenen und unter öffentlich-rechtlicher Aufsicht stehenden Einrichtung vorgenommen werden.

(2) Embryonen, Eizellen, in die eine Samenzelle eingedrungen oder künstlich verbracht worden ist, sowie unbefruchtete Eizellen dürfen nicht konserviert werden.

(3) Embryonen und die in Absatz 2 bezeichneten Eizellen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes konser-

viert wurden, sind nach Einwilligung der Frau unverzüglich, jedoch nicht später als ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, ausschließlich zum Zweck der künstlichen Befruchtung zu verwenden. Eine weitere Konservierung ist nicht zulässig.

(4) Eine Einrichtung nach Absatz 1 ist zuzulassen, wenn

1. personell

a) sie unter der verantwortlichen Leitung eines Arztes steht, der durch eine wenigstens zweijährige Tätigkeit in einer für In-vitro-Fertilisation mit Embryonen-Transfer zugelassenen Einrichtung die erforderliche Fachkunde erworben hat, und über die zum Betrieb der Einrichtung erforderliche Zuverlässigkeit verfügt, und der Einrichtung,

b) ein weiterer Arzt mit der gleichen Qualifikation als Vertreter,

c) Mitarbeiter mit wissenschaftlichem Hochschulabschluß, die als Arbeitsgruppe die Teilbereiche Endokrinologie der Reproduktion, gynäkologische Sonographie, operative Gynäkologie, insbesondere mit endoskopischen Verfahren, experimentelle oder angewandte Reproduktionsbiologie mit dem Schwerpunkt der In-vitro-Kultur und Andrologie vertreten, wovon jeweils nur zwei Teilbereiche gleichzeitig von einem Arzt oder Wissenschaftler der Arbeitsgruppe verantwortlich geführt werden dürfen,

d) Personal, das ein Hormonlabor, ein Labor für Spermiendiagnostik, ein Labor für In-vitro-Fertilisation und ein Labor für In-vitro-Kultur sowie die Ultraschall-Diagnostik betreiben kann, sowie

e) für Behandlungen in Narkose ein Arzt für Anästhesiologie zur Verfügung steht und

2. sächlich

a) die für operative Eingriffe notwendige räumliche, apparative und medikamentöse Ausstattung sowie

b) die räumlichen Einheiten mit sachgerechter apparativer Ausstattung für die in Nummer 1 Buchstabe d genannten Laborbereiche, wobei für den Teilbereich In-vitro-Kultur eine gesonderte räumliche Einheit vorzuhalten ist, vorhanden sind.

(5) Sofern es sich bei der Einrichtung nicht um ein Krankenhaus handelt, muß nachgewiesen werden, daß ein geeignetes Krankenhaus schnell erreichbar ist, in dem nach den räumlichen und örtlichen Verhältnissen in Notfällen eine sofortige stationäre Weiterbehandlung der behandelten Frau sichergestellt ist.

(6) Veränderungen der Zulassungsvoraussetzungen nach Absatz 4 sind der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen.

§ 9

Zuständige Behörde

Die Zulassungen nach §§ 7 und 8 erteilt die oberste Landesgesundheitsbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle auf Antrag.

§ 10

Dokumentationsstelle

(1) Bei der obersten Landesgesundheitsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle wird eine Dokumentationsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, Daten über künstliche Befruchtungen mit Samen, der von dem Mann, mit dem die Frau in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft lebt, stammt, zu sammeln und für Auskünfte über die genetische Abstammung eines Menschen bereitzuhalten.

(2) Der Arzt hat nach Vornahme einer solchen künstlichen Befruchtung die nach § 6 aufgezeichneten Daten unter Benennung der Einrichtung, in der die Maßnahme vorgenommen wurde, unverzüglich nach der Geburt des Kindes der Dokumentationsstelle zu übermitteln. Ist dem Arzt eine Geburt nicht bekannt gemacht worden, hat er die Daten unverzüglich nach dem errechneten Geburtstermin zu übermitteln, es sei denn, er weiß, daß die künstliche Befruchtung nicht zur Geburt eines Kindes geführt hat.

(3) Die Dokumentationsstelle darf Auskunft nur einer über 16 Jahre alten Person erteilen, die Anhaltspunkte dafür geltend macht, daß sie aus einer künstlichen Befruchtung hervorgegangen ist. Der Antrag ist über das für den Geburtsort zuständige Standesamt zu stellen. In medizinisch begründeten Ausnahmefällen ist dem Personensorgeberechtigten auf Verlangen bereits vor Vollendung des 16. Lebensjahres Auskunft zu erteilen.

(4) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnungen das Nähere zu regeln, insbesondere den Umfang der zu dokumentierenden Daten, das Meldeverfahren, die Aufbewahrungszeiten, die Gewährleistung der Geheimhaltung und das Verfahren der Auskunftserteilung.

ZWEITER ABSCHNITT

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 11

Verstoß gegen den Arztvorbehalt

Wer, ohne Arzt zu sein, entgegen § 2 Abs. 1 eine künstliche Befruchtung vornimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 12

Mißbräuchliche Verwendung von Ei- und Samenzellen

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer es unternimmt, eine Eizelle zu einem nicht ihrer Befruchtung dienenden Zweck zu verwenden.

(2) Ebenso wird bestraft, wer Ei- oder Samenzellen veräußert, abgibt oder erwirbt.

§ 13

Verbotene Samenübertragung

Wer auf eine Frau Samen eines Mannes, der nicht mit dieser Frau verheiratet ist, oder der nicht mit ihr in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft lebt, künstlich überträgt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 14

Mißbrauch der extrakorporalen Befruchtung und des intrabubaren Gametentransfers

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer es unternimmt, extrakorporal oder durch Übertragung einer Ei- oder einer Samenzelle auf eine Frau

1. die Eizelle zu befruchten, ohne daß dies aus ärztlicher Sicht wegen einer der natürlichen Befruchtung entgegenstehenden Störung nach § 3 Abs. 3 angezeigt ist, oder
2. die Eizelle einer Frau mit einer Samenzelle zu befruchten, die nicht von deren Ehemann oder dem Manne stammt, mit dem sie in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft lebt.

(2) Ebenso wird bestraft, wer es entgegen § 8 Abs. 2 unternimmt, Embryonen oder die dort bezeichneten Eizellen zu konservieren.

§ 15

Schwerer Mißbrauch von Fortpflanzungstechniken

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft,

1. wer es unternimmt, eine Eizelle zu einem anderen Zweck zu befruchten, als eine Schwangerschaft der Frau herbeizuführen, von der die Eizelle stammt,
2. wer es unternimmt, durch die ärztliche Behandlungsmethode bei einer Frau mehr befruchtungsfähige Eizellen zu erzeugen und zu gewinnen, als befruchtet und ausgetragen werden sollen, wer es unternimmt, mehr Eizellen einer Frau zu befruchten, als ihr im Rahmen der Fruchtbarkeitsbehandlung unverzüglich übertragen werden sollen, und wer es unternimmt, einer Frau mehr befruchtete

Eizellen zu übertragen, als nach Einnistung aller übertragenen Eizellen auch ausgetragen werden können,

3. einer Frau einen Embryo vor Abschluß seiner Einnistung in die Gebärmutter zur Übertragung auf eine andere Frau oder zur Verwendung zu einem anderen Zweck entnimmt, oder
4. auf eine Frau eine fremde, unbefruchtete Eizelle oder einen fremden Embryo überträgt.

(2) Ebenso wird bestraft, wer zu einem anderen Zweck als der Herbeiführung einer Schwangerschaft

1. künstlich bewirkt, daß eine menschliche Samenzelle in eine menschliche Eizelle eindringt, oder
2. eine menschliche Samenzelle in eine menschliche Eizelle künstlich verbringt.

§ 16

Mißbräuchliche Verwendung menschlicher Embryonen

(1) Wer einen Embryo, der nicht auf eine Frau übertragen worden ist, zu einem nicht seiner Austragung dienenden Zweck verwendet, insbesondere, wer ihn veräußert, abgibt oder erwirbt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer zu einem anderen Zweck als der Herbeiführung einer Schwangerschaft bewirkt, daß sich ein menschlicher Embryo extrakorporal weiterentwickelt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

§ 17

Ersatzmutterschaft

(1) Wer eine Frau, die bereit ist, sich künstlich oder natürlich befruchten oder auf sich einen Embryo übertragen zu lassen und das Kind nach der Geburt auf Dauer Dritten zu überlassen (Ersatzmutter), mit einer Person zusammenführt, die das Kind auf Dauer bei sich aufnehmen will, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Ebenso wird bestraft, wer die Gelegenheit nachweist, ein solches Kind auf Dauer aufzunehmen oder aufnehmen zu lassen.

(2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

(3) Handelt der Täter gewerbs- oder geschäftsmäßig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.

(4) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3 StGB)

1. Ersatzmütter oder

2. Personen, die das von einer Ersatzmutter geborene Kind auf Dauer bei sich aufnehmen wollen,

sucht oder nachzuweisen verspricht, oder wer Erklärungen solchen Inhalts bekannt gibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Wer es unternimmt, bei einer Ersatzmutter eine künstliche Befruchtung durchzuführen oder auf sie einen Embryo zu übertragen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(6) In den Fällen der Absätze 1 und 4 werden nicht bestraft die Ersatzmutter sowie derjenige, der das Kind auf Dauer bei sich aufnehmen will.

§ 18

Verbotene Geschlechtswahl

Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer künstlich bewirkt, daß eine menschliche Eizelle von einer Samenzelle mit bestimmtem Geschlechtschromosom befruchtet wird.

§ 19

Eigenmächtige Befruchtung und eigenmächtiger Embryo-Transfer

(1) Wer eine Eizelle künstlich befruchtet, ohne daß diejenigen eingewilligt haben, deren Keimzellen verwendet werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer einen Embryo auf eine Frau überträgt, ohne daß sie in die Übertragung eingewilligt hat.

§ 20

Künstliche Veränderung menschlicher Keimbahnzellen

(1) Wer die Erbinformationen einer menschlichen Keimbahnzelle künstlich verändert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Satz 1 findet keine Anwendung auf Impfungen oder Heilbehandlungen, welche nicht auf eine Veränderung der Erbinformation von Keimbahnzellen gerichtet sind.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine menschliche Keimzelle mit künstlich veränderten Erbinformationen zur Befruchtung verwendet.

(3) Der Versuch ist strafbar.

§ 21

Klonen

(1) Wer künstlich die Entstehung eines Embryos bewirkt, der die gleiche Erbinformation wie ein anderer Embryo oder wie ein Fötus, ein lebender Mensch oder ein Verstorbener besitzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer einen in Absatz 1 bezeichneten Embryo auf eine Frau überträgt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

§ 22

Hybrid- und Chimärenbildung

(1) Wer

1. Embryonen mit unterschiedlichen Erbinformationen unter Verwendung mindestens eines menschlichen Embryos zu einem Zellverband vereinigt,
2. durch Befruchtung einer menschlichen Eizelle mit dem Samen eines Tieres oder durch Befruchtung einer tierischen Eizelle mit dem Samen eines Menschen einen entwicklungsfähigen Embryo erzeugt,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. einen in Absatz 1 Nr. 1 oder 2 bezeichneten Embryo auf
 - a) eine Frau oder
 - b) ein Tier
 überträgt oder
2. einen menschlichen Embryo auf ein Tier überträgt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

§ 23

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1 Samen des verstorbenen Ehemannes oder des verstorbenen Mannes verwendet, mit dem die Frau in einer auf Dauer angelegten Partnerschaft gelebt hat,
2. entgegen § 3 Abs. 4 eine künstliche Befruchtung vornimmt, ohne sich die erforderliche Bereitschaftserklärung vorlegen zu lassen,
3. entgegen § 4 Abs. 1, § 5 Satz 1 oder § 8 Abs. 1 eine künstliche Befruchtung vornimmt,
4. entgegen § 6 die vorgeschriebenen Angaben nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig aufzeichnet,
5. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 eine Insemination nicht in einer zugelassenen Einrichtung vornimmt,
6. entgegen § 8 Abs. 3 Satz 2 Embryonen oder die bezeichneten Eizellen konserviert.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer einer Rechtsverordnung nach § 10 Abs. 4 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu . . . Deutsche Mark geahndet werden.

(4) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die oberste Landesgesundheitsbehörde.

Artikel 2

Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes

Das Adoptionsvermittlungsgesetz vom 2. Juli 1976 (BGBl. I S. 1762), zuletzt geändert durch . . ., wird wie folgt geändert:

1. Nach § 13 wird der Zweite Abschnitt mit den §§ 13 a bis 13 d gestrichen.
2. Aus dem bisherigen Dritten Abschnitt wird der Zweite Abschnitt.
3. § 14 b wird gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 400-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch . . ., wird wie folgt geändert:

1. In § 1589 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Abstammung von der Mutter wird durch Geburt begründet.“

Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

2. § 1591 erhält folgende Fassung:

„§ 1591

(1) Ein Kind, das nach der Eheschließung geboren wird, ist ehelich, wenn die Frau vor oder während der Ehe von dem Mann empfangen hat; dies gilt auch, wenn die Ehe für nichtig erklärt wird. Das Kind ist nicht ehelich, wenn es den Umständen nach offenbar unmöglich ist, daß die Frau das Kind von dem Mann empfangen hat.

(2) Es wird vermutet, daß die Frau innerhalb der Empfängniszeit von dem Mann befruchtet wurde.

Soweit die Empfängniszeit in die Zeit vor der Ehe fällt, gilt die Vermutung nur, wenn der Mann gestorben ist, ohne die Ehelichkeit des Kindes angefochten zu haben.“

3. In § 1596 Abs. 1 wird nach der Nummer 2 folgende Nummer 2 a eingefügt:

„2 a. wenn es das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat und Anhaltspunkte für seine nichteheliche Abstammung geltend machen kann.“

4. § 1600 o Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Es wird vermutet, daß das Kind von dem Manne gezeugt ist, welcher der Mutter während der Empfängniszeit beigewohnt hat oder mit dessen Samen sie während der Empfängniszeit künstlich befruchtet wurde. Die Vermutung gilt nicht, wenn nach Würdigung aller Umstände schwerwiegende Zweifel an der Vaterschaft verbleiben. Die Empfängniszeit bestimmt sich nach § 1592.“

5. In § 1615 a wird folgender Satz 2 angefügt:

„Ist das Kind verbotswidrig aus einer künstlichen Befruchtung mit dem Samen eines Mannes, der im Zeitpunkt der Zeugung nicht der Ehemann der Mutter war oder mit dem sie nicht in einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft zusammenlebte, hervorgegangen, haftet derjenige, der die künstliche Befruchtung durchgeführt hat, neben den anderweitig Unterhaltspflichtigen entsprechend.“

Artikel 4

Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477), zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

In § 27 wird der letzte Satz wie folgt gefaßt:

„Zur Krankenbehandlung gehören auch Leistungen für eine künstliche Befruchtung.“

Artikel 5

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am . . . in Kraft.

Bonn, den 16. November 1989

Dr. Däubler-Gmelin
Schmidt (Nürnberg)
Bachmaier
Klein (Dieburg)
Dr. Pick
Schmidt (München)
Schütz
Singer
Stiegler
Wiefelspütz

Dr. de With
Catenhusen
Becker-Inglau
Blunck
Bulmahn
Conrad
Dr. Emmerlich
Adler
Faße
Ganseforth

Dr. Götte
Hämmerle
Dr. Niehuis
Seuster
Dr. Sonntag-Wolgast
Weyel
Dr. Wegner
Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

A. Allgemeines

I. Einleitung

1. Kinderlosigkeit empfinden viele Menschen als schwere Beeinträchtigung ihres Lebensglücks. Die Entwicklung von Biotechnologie und Fortpflanzungsmedizin in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß Unfruchtbarkeit beim Menschen nicht länger zur Folge haben muß, daß die Betroffenen auf eigene, leibliche Kinder verzichten müssen.

Insbesondere die Technik der extrakorporalen Befruchtung (In-vitro-Fertilisation) eröffnet den Paaren, denen auch durch künstliche Insemination nicht geholfen werden konnte, die Chance, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Die medizinischen Ursachen der Kinderlosigkeit werden dadurch aber nicht beseitigt.

Allerdings wird mit den neuen Techniken die Fortpflanzungsfähigkeit des Menschen, die mit seiner Individualität untrennbar verbunden ist, auf einen rein technischen Vorgang reduziert. Welche Auswirkungen die Aufspaltung und Entpersonalisierung der Zeugung auf das Kind und die Eltern langfristig haben werden, ist ungewiß.

Schließlich können die neuen Techniken der künstlichen Befruchtung auch dazu mißbraucht werden, wissenschaftliche Experimente an Embryonen durchzuführen. Ferner besteht die Gefahr einer kommerziellen Nutzung der menschlichen Fortpflanzungsfähigkeit: Ei- und Samenzellen oder auch Embryonen werden dann zur Handelsware. Vor allem aber kann die künstliche Befruchtung für Manipulationen am menschlichen Erbgut und für die Züchtung von Menschen mißbraucht werden.

Solche Mißbräuche sind mit der Würde des Menschen und dem Menschenbild des Grundgesetzes unvereinbar. Es besteht daher die Notwendigkeit, das Recht so fortzuentwickeln, daß das Wohl des durch eine künstliche Befruchtung gezeugten Kindes gewährleistet wird. Die Menschenwürde muß auch bei der Anwendung der neuen Fortpflanzungstechnologien gewahrt bleiben.

2. Neue Techniken haben zu allen Zeiten die Handlungsmöglichkeiten der Menschen und damit auch ihre Wertvorstellungen beeinflußt und verändert. Angesichts der Entwicklung rein medizinisch-technischer Fortpflanzungsmethoden und gentechnologischer Verfahren ist es dringlich, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob alles medizinisch-technisch Machbare auch angewandt werden darf, und welche Einschränkungen notwendig und vertretbar sind.

Die Diskussion um die ethische Verantwortbarkeit und die rechtliche Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung und die Grenzen, die dem wissenschaftlichen Handlungsspielraum zugunsten der Würde des Menschen zu setzen sind, wird seit einiger Zeit in der Wissenschaft, der Politik und in vielen gesellschaftlichen Gruppen geführt.

Der Deutsche Ärztetag beschloß im Mai 1985 Richtlinien zur künstlichen Befruchtung, die im April 1986 von der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Landesärztekammern e. V. (Bundesärztekammer) um Richtlinien zur Forschung an frühen menschlichen Embryonen ergänzt wurden.

Im Oktober 1985 veröffentlichte die SPD Vorschläge zur Lösung von Problemen der Unfruchtbarkeit und der Anwendung gentechnologischer Methoden beim Menschen.

Die vom Bundesminister der Justiz und dem Bundesminister für Forschung und Technologie unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Benda eingesetzte Arbeitsgruppe legte ihren Bericht über In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie am 25. November 1985 vor. Ebenfalls im November 1985 veröffentlichte die Evangelische Kirche in Deutschland eine Handreichung zur ethischen Urteilsbildung über extrakorporale Befruchtung, Fremdschwangerschaft und genetische Beratung unter dem Titel „Von der Würde des werdenden Lebens“.

Andere Organisationen und Institutionen des öffentlichen Lebens, wie der Deutsche Richterbund, der 56. Deutsche Juristentag und die Justizministerkonferenz äußerten sich im Laufe des Jahres 1986 zu dieser Problematik. Dabei wurde — unabhängig von teilweise unterschiedlichen inhaltlichen Positionen — deutlich, daß ein gesetzgeberisches Gesamtkonzept zur Lösung der verschiedenen Problembereiche notwendig und dringlich ist.

Im Dezember 1986 konstituierte sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Fortpflanzungsmedizin“, die vom Bundesminister der Justiz auf Bitte des Bundesrates (Entschließung vom 16. Mai 1986 — Drucksache 210/86) mit dem Auftrag eingesetzt worden war, ein Gesamtkonzept über den staatlichen Handlungsbedarf auf dem Gebiet der Fortpflanzungsmedizin zu erarbeiten und Lösungsvorschläge vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe legte im August 1988 ihren Abschlußbericht vor, der als Anlage den Entwurf für ein überwiegend strafrechtlich orientiertes „Fortpflanzungsmedizingesetz“ enthielt, welches insbesondere Mißbräuche bei der Anwendung der neuen Techniken der künstlichen Befruchtung verhindern sollte.

Dem Abschlußbericht beigefügt war ferner der Musterentwurf für ein Landesfortpflanzungsmedizinengesetz, das — unter Berücksichtigung der bisher vom Grundgesetz vorgegebenen Gesetzgebungskompetenz der Länder für den Bereich des Gesundheitswesens und der ärztlichen Berufsausübung — Regelungen über die Zulässigkeit und die Voraussetzungen zur Durchführung der künstlichen Befruchtung beim Menschen enthielt.

II. Zur Konzeption des vorliegenden Gesetzentwurfs

1. Am 18. Januar 1988 brachte die Fraktion der SPD den Antrag „Chancen und Risiken der Anwendung neuer Methoden der künstlichen Befruchtung und bei Eingriffen in menschliche Keimzellen“ (Drucksache 11/1662) in den Deutschen Bundestag ein. Sie forderte dabei u. a. die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Einbeziehung aller in Betracht kommenden Rechtsgebiete bestimmte, dort näher bezeichnete Mindestregelungen enthalten sollte.

Die Vorschläge der Bundesregierung lassen jedoch bislang eine umfassende Gesetzgebungskonzeption vermissen. Vorgelegt wurde lediglich ein Gesetzentwurf zur Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes, der einen Teilaspekt im Bereich der Probleme der künstlichen Befruchtung — nämlich den der Ersatzmutterchaftsvermittlung — vorab regelte (Gesetzentwurf vom 9. März 1989, Drucksachen 11/4154, 11/5283). Ein zweiter Gesetzentwurf der Bundesregierung (Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes, Drucksache 11/5460) beschränkt sich darauf, die größten Mißbrauchsmöglichkeiten bei der künstlichen Befruchtung unter Strafandrohung zu stellen. Wichtige Fragen, wie die der Zulässigkeit der heterologen künstlichen Befruchtung, die Konservierung befruchteter Eizellen oder das Verbot der Forschung an überzähligen Embryonen, werden von dem Gesetzentwurf nicht erfaßt.

Notwendige Änderungen im Familienrecht, die von Rechtsprechung und Literatur als Konsequenz aus der mit den neuen Fortpflanzungstechniken verbundenen Möglichkeit einer gespaltenen Mutter- und Vaterschaft (genetisch und sozial) gefordert werden, sind lediglich angekündigt, ohne daß ein Konzept bisher auch nur ansatzweise deutlich geworden wäre.

2. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält demgegenüber eine Gesamtkonzeption zur Regelung aller bisher im Zusammenhang mit den neuen Fortpflanzungstechniken entstandenen und möglicherweise noch entstehenden Probleme.

Er basiert auf den Eckwerten des Antrages der Fraktion der SPD vom 18. Januar 1988 und lehnt sich in der Formulierung der einzelnen Vorschriften an die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Fortpflanzungsmedizin“ sowohl im medizinrechtlichen als auch im strafrechtlichen Teil (Artikel 1) an.

Dabei geht der Gesetzentwurf davon aus, daß hinsichtlich der Vorschriften im Bereich des Medizinrechts und der ärztlichen Berufsausübung eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes zur Regelung der Fragen der künstlichen Befruchtung beim Menschen durch Änderung des Grundgesetzes eingeführt worden ist, entweder durch Verabschiedung des Gesetzentwurfs des Bundesrates (Drucksache 185/89) oder der Fraktion der SPD (Drucksache 11/5709).

Die in Artikel 2 vorgesehene Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes nimmt die Vorschriften aus dem Gesetz heraus, die sich auf die Vermittlung von Ersatzmutterchaften beziehen. Im Interesse einer umfassenden Regelung aller im Zusammenhang mit der Ersatzmutterchaft entstehenden Probleme an einem Ort werden diese Fragen in Artikel 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs zusammen behandelt. Damit soll auch der Gefahr einer Zersplitterung des Rechts, wie sie in den partiellen Regelungen der Bundesregierung (Embryonenschutzgesetz und Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes) enthalten ist, begegnet werden.

Artikel 3 des Gesetzentwurfs enthält notwendige Änderungen im Familienrecht, insbesondere im Hinblick auf die Feststellung der Abstammung des Kindes, das im Wege der künstlichen Befruchtung gezeugt wurde.

Artikel 4 korrigiert die mit dem Gesundheitsreformgesetz der Bundesregierung getroffene Entscheidung, ärztliche Leistungen im Zusammenhang mit der Durchführung einer künstlichen Befruchtung nicht als erstattungsfähige Heilbehandlung anzuerkennen.

III. Zielsetzungen des Gesetzentwurfs

Der Gesetzentwurf geht von dem Leitgedanken aus, daß die Entscheidung, ob ein von Unfruchtbarkeit betroffenes Paar die von der Fortpflanzungsmedizin entwickelten Hilfen in Anspruch nehmen darf oder soll, nicht vom Staat getroffen werden kann. Der Gesetzgeber hat nicht das Recht, sich in die höchstpersönliche Lebensplanung der Bürger einzumischen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Insofern wäre es weder rechtspolitisch noch gesellschaftspolitisch vertretbar, grundsätzlich die Methoden der künstlichen Befruchtung strafrechtlich zu verbieten, auch wenn dies von einigen Teilen der engagierten Öffentlichkeit gefordert wird.

Andererseits besteht bei einer schrankenlosen Zulassung der künstlichen Befruchtung einschließlich ihrer Folgetechniken die Gefahr, daß sich aus der Hilfe für betroffene Paare eine Kommerzialisierung der Fortpflanzungsfähigkeit des Menschen entwickelt, die von der gewerblichen Ersatzmutterchaft bis hin zur Serienproduktion genetisch ausgewählter Kinder führen könnte.

Der Schutz der Menschenwürde sowohl der Eltern als auch des auf künstlichem Wege gezeugten Kindes gebietet es daher, der Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung beim Menschen enge Grenzen zu setzen

und Mißbräuche auch mit dem Mittel des Strafrechts zu ahnden. Dies gilt insbesondere für die Retortenbefruchtung (In-vitro-Fertilisation), die das Einfallstor für genetische Manipulationen am menschlichen Embryo darstellen kann. Auch die grundgesetzlich verbürgte Forschungsfreiheit findet ihre Grenze an der Unantastbarkeit der menschlichen Würde.

B. Einzelne Vorschriften

Zu Artikel 1 (Fortpflanzungsmedizinengesetz)

Zu § 1 (Begriffsbestimmung)

Absatz 1 definiert als künstliche Befruchtung nicht nur die Insemination und die In-vitro-Fertilisation, sondern auch das Einbringen bereits befruchteter Eizellen in die Gebärmutter oder in die Eileiter einer Frau (Nummer 3) sowie die in Nummer 4 beschriebene Technik des sog. „Gameten-Transfers“.

In Anbetracht unterschiedlicher Begriffe (z. B. „Prä-Embryonen“, „Präimplantations-Embryonen“) wird in Absatz 2 festgelegt, daß ein Embryo im Sinne dieses Gesetzes vorliegt, sobald es nach dem Eindringen einer Samenzelle in eine Eizelle zur Verschmelzung der beiden Vorkerne gekommen ist und die Entwicklungsfähigkeit des Keims gegeben ist.

Gleichzustellen ist hier die isolierte (z. B. abgespaltete) totipotente Zelle, die entwicklungsfähig ist.

Absatz 2 definiert die Entwicklungsfähigkeit.

Zu § 2 (Arztvorbehalt, freiwillige Mitwirkung)

Zu Absatz 1

Die Behandlung im Bereich der Fortpflanzungsmedizin setzt wissenschaftlich gesicherte medizinische Kenntnisse voraus. Sie erschöpft sich nicht in einem technischen Eingriff. Vorbedingung jeder adäquaten Sterilisationstherapie ist eine umfassende Diagnostik zur Sterilisationsursache. Ferner erfordert die Behandlung eine Aufklärung des Paares über mögliche Alternativen sowie alle Auswirkungen und Risiken. Sie ist deshalb als eine ärztliche Tätigkeit anzusehen.

Außerdem begrenzt der Arztvorbehalt die Möglichkeit eines Mißbrauchs, da die Ärzte einem Standesrecht unterworfen sind.

Zu Absatz 2

Die Maßnahmen der Fortpflanzungsmedizin können die Ursachen der Sterilität nicht beseitigen, sondern überbrücken diese lediglich. Eine Mitwirkungspflicht des Arztes an diesen Maßnahmen zu begründen, könnte mit der durch Artikel 4 Abs. 1 GG garantierten Gewissensfreiheit unvereinbar sein. Dabei wird berücksichtigt, daß Teile der Bevölkerung die Erzeugung menschlichen Lebens durch künstliche Befruchtung aus ethischen Gründen ablehnen und auch in der Ärzteschaft zum Teil grundsätzliche Vorbehalte bestehen.

Entsprechende Erwägungen müssen auch für das unmittelbar mitwirkende Hilfspersonal gelten.

Zu § 3 (Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung)

Zu Absatz 1

Die homologe künstliche Befruchtung dient als medizinisch anerkannte Methode dazu, Ehepaaren oder auf Dauer zusammenlebenden Partnern bei unfreiwilliger Kinderlosigkeit den Kinderwunsch zu erfüllen. Da bei ihr eine Aufspaltung von genetischer und sozialer Elternschaft nicht erfolgt, begegnet diese Methode keinen durchgreifenden rechtlichen Bedenken. Die heterologe künstliche Befruchtung ist demgegenüber aus dem oben genannten Grund zu verbieten.

Unzulässig ist nach dem Wortlaut der Vorschrift auch die Verwendung von Samenzellen Verstorbener bei einer künstlichen Befruchtung. Die Insemination post mortem ist keine Sterilitätsbehandlung eines Paares, sondern entfernt sich in besonderem Maße von den natürlichen Voraussetzungen einer Zeugung. Vor allem aber läuft die Methode dem Kindeswohl zuwider: Bei der Identitätsfindung des Kindes könnte sich die Vorstellung belastend auswirken, von einem zur Zeit der Zeugung bereits Gestorbenen abzustammen.

Das Interesse des Mannes, daß sein Spermium unter Umständen noch nach seinem Tod verwendet werden kann und ebenso der Wunsch der Frau nach einem Kind, das von ihrem verstorbenen Partner abstammt, müssen gegenüber den Belangen des Kindeswohls zurücktreten.

Zu Absatz 2

Die homologe Insemination ist nur beim Vorliegen einer medizinischen Indikation zuzulassen. Dem Wunsch nach einer künstlichen Befruchtung ohne medizinische Notwendigkeit ist nicht Rechnung zu tragen, weil dies eher auf eine gestörte Partnerbeziehung mit möglichen negativen Auswirkungen auf das Kindeswohl hinweist.

Zu Absatz 3

Im Hinblick auf die besonderen Belastungen, die mit der Behandlung verbunden sind, wird die In-vitro-Fertilisation nach den Regeln der ärztlichen Kunst bei einer Sterilitätsbehandlung stets erst dann in Betracht zu ziehen sein, wenn andere medizinische Alternativen erfolglos geblieben oder im Einzelfall nicht geeignet sind.

Zu Absatz 4

Das Wohl des auf künstlichem Wege gezeugten Kindes gebietet es, ihm soweit wie möglich die personale Beziehung zu seinen Eltern zu sichern. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Eltern nicht verheiratet sind, sondern in einer festen, auf Dauer angelegten

Partnerschaft leben. Da der behandelnde Arzt in der Regel nicht verlässlich wird beurteilen können, ob das Paar, das sich einer Fruchtbarkeitsbehandlung unterziehen will, lediglich vorübergehend zusammenlebt, möglicherweise eine Partnerschaftsbeziehung sogar nur vortäuscht, oder ob es gewillt ist, auf Dauer die elterlichen Pflichten gemeinsam zu übernehmen, ist ein objektiver Anhaltspunkt für die Entscheidung erforderlich. Beim Vorliegen der Bereitschaftserklärung werden gegen den Arzt auch keine Unterhaltsansprüche nach § 1615 a Abs. 1 Satz 2 BGB (siehe Artikel 3 dieses Gesetzes) geltend gemacht werden können.

Dabei bleibt unbestritten, daß auch die Bereitschaftserklärung keine Garantie dafür abgeben kann, daß die Eltern späterhin auch tatsächlich entsprechend ihrer schriftlich niedergelegten Absicht die soziale Elternschaft an dem Kind gemeinsam ausüben werden.

Zu § 4 (Beratung)

Zu Absatz 1

Vor der Durchführung der künstlichen Befruchtung ist eine ärztliche Beratung des Paares erforderlich. Die medizinische Indikation als Voraussetzung der künstlichen Befruchtung bedingt eine ärztliche Untersuchung der Partner. Diese Untersuchung bedarf der Ergänzung durch ein ausführliches Beratungsgespräch des Arztes mit dem Paar. Das Beratungsgespräch ist Teil der dem Arzt obliegenden allgemeinen Aufklärungspflicht. Es dient damit der Freiheit der Entscheidung des (Ehe-)Paares für oder gegen die Anwendung der Maßnahme. Gegenstand des Beratungsgesprächs ist einerseits die rein technisch-medizinische Seite der Maßnahme. Darüber hinaus sollte eine genetische Beratung erfolgen, wenn Anhaltspunkte für ein Erbleiden bei einem der Partner vorliegen. Das Beratungsgespräch ermöglicht es dem Arzt schließlich, Feststellungen zu treffen, die für die Beurteilung des Wohls des zu zeugenden Kindes von Bedeutung sind.

Zu Absatz 2

Bei einer In-vitro-Fertilisation muß neben der Beratung nach Absatz 1 eine unabhängige psycho-soziale Beratung vorgenommen werden. Die psycho-somatischen/psycho-sozialen Ursachen der Sterilität müssen aufgeklärt werden, um aus dem psychischen Bereich erwachsende Kontra-Indikationen berücksichtigen zu können. Auch die möglichen psychischen, somatischen und sozialen Folgen der Behandlung sind anzusprechen. Um eine unabhängige psycho-soziale Beratung zu gewährleisten, ist sicherzustellen, daß diese frei von Weisungen des die In-vitro-Fertilisation durchführenden Arztes erfolgt. Die psycho-soziale Beratung soll als freies Gespräch und nicht als Zwangsberatung durchgeführt werden, um dem (Ehe-)Paar frei von sachfremden Erwägungen eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, soll lediglich eine Bescheinigung ausgestellt werden, daß eine psycho-soziale Beratung stattgefunden hat. Eine umfassende Dokumentation

des Inhaltes des Beratungsgesprächs ist deshalb nicht erforderlich.

Zu § 5 (Einwilligung)

Unverzichtbare Voraussetzung der homologen künstlichen Befruchtung ist die Einwilligung beider Partner in die Maßnahme. Schon wegen der weitreichenden zivilrechtlichen Folgen muß die Einwilligung auch noch im Zeitpunkt der künstlichen Befruchtung vorliegen. Um den die künstliche Befruchtung verantwortlichen durchführenden Arzt in der Frage der Einwilligung abzusichern, soll für die Einwilligung die Schriftform vorgesehen werden. Das Fortbestehen der Einwilligung wird bis zu ihrem Widerruf unterstellt.

Die Einwilligung ist jederzeit bis zur Vornahme der künstlichen Befruchtung formlos widerrufbar. Den Widerruf an eine bestimmte Form zu binden, erscheint nicht angebracht.

Zu § 6 (Aufzeichnungspflicht des Arztes)

Schon im Hinblick auf sein Persönlichkeitsrecht darf dem Kind nicht die Möglichkeit abgeschnitten werden, seine genetische Herkunft zu erfahren. Zwar kann bei einer künstlichen Befruchtung im Rahmen einer bestehenden Ehe von den allgemeinen Regelungen des BGB über die elterliche Abstammung, insbesondere von der des § 1591, ausgegangen werden, diese Vorschriften sind jedoch bei unverheiratet zusammenlebenden Paaren nicht anwendbar. Deshalb ist sicherzustellen, daß dem Kind die Möglichkeit eröffnet wird, seine genetische Herkunft zu erfahren, auch wenn die Mutter nicht mehr mit dem Kindesvater zusammenlebt und dessen Identität nicht preisgeben will.

Die Dokumentation ist von jedem Arzt durchzuführen, der die künstliche Befruchtung bei Paaren vornimmt, die in einer auf Dauer angelegten Partnerschaft zusammenleben.

Zu § 7 (Insemination) und § 8 Abs. 1, 4 bis 6 (In-vitro-Fertilisation)

Die verantwortliche Anwendung der künstlichen Befruchtung bedingt eine besondere technische und personelle Ausstattung, die es rechtfertigt, sie hierfür zugelassenen ärztlichen Einrichtungen vorzubehalten. Diese sollen öffentlich-rechtlicher Aufsicht und Kontrolle unterliegen.

Zu § 8 Abs. 2

Bisher läßt sich nicht mit letzter Sicherheit ausschließen, daß die Kryo-Konservierung von Embryonen negative Folgen bei ihrer Weiterentwicklung hat. Wegen der hohen Verlustrate von Embryonen beim Auftauen ist die Kryo-Konservierung als Verfahren zur Konservierung von Embryonen im Hinblick auf das Gebot des Lebensschutzes bedenklich.

Die Konservierung von unbefruchteten und befruchteten Eizellen fördert auch das Entstehen überzähliger Embryonen. Zum einen besteht immer das Risiko, daß während der Dauer der Konservierung Umstände eintreten, die einen Transfer ausschließen. Zum anderen ist bei der generellen Zulassung der Konservierung von Embryonen der Anreiz gegeben, das Verbot der Vorratsbefruchtung nicht streng einzuhalten. Schließlich würde mit der Möglichkeit, konservierte Eizellen oder Embryonen über größere Zeiträume hinweg aufzubewahren, das Tor zu einer gefährlichen Entwicklung bis hin zum Generationensprung geöffnet. Dies muß von vornherein verhindert werden.

Zu § 8 Abs. 3

Da das Konservierungsverbot erst für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gilt, ist eine Übergangsregelung für die Behandlung der vorhandenen konservierten Eizellen und Embryonen erforderlich. Die Vorschrift sieht vor, daß mit Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine konservierten Eizellen oder Embryonen mehr existieren dürfen. Sie sind entweder mit Einverständnis der Frau für die Durchführung der künstlichen Befruchtung zu verwenden oder aber ihrem Schicksal zu überlassen.

Zu § 9

Die Vorschrift regelt die Zuständigkeit für die Erteilung der Zulassungen nach §§ 7 und 8.

Zu § 10 (Dokumentationsstelle)

Die Vorschrift knüpft an die Aufzeichnungspflicht des Arztes nach § 6 an. Um eine langfristige Aufbewahrung der Unterlagen und den Zugang des Kindes zu der Dokumentation sicherzustellen, sind auf Landesebene zentrale Stellen einzurichten. In allen Fällen, in denen nach seiner Kenntnis die Geburt eines Kindes aufgrund einer künstlichen Befruchtung im Rahmen einer festen Partnerschaft erfolgt ist, hat der Arzt die künstliche Befruchtung der zentralen Stelle unter Angabe des Zeitpunktes der Vornahme der Befruchtung sowie der Personalien der Mutter und des Vaters zu melden.

In Anlehnung an die adoptionsrechtliche Regelung ist dem Kind nach Ablauf des 16. Lebensjahres, bei medizinisch begründetem Interesse auch schon früher, ein Auskunftsrecht gegenüber der zentralen Stellen einzuräumen. Für die Auskunft sollte ein formalisiertes Verfahren vorgesehen werden, um mißbräuchliche Anfragen bei den Dokumentationsstellen und eine Auskunftserteilung gegenüber Nichtberechtigten zu verhindern.

Zu § 11 (Verstoß gegen den Arztvorbehalt)

Die Einführung eines Arztvorbehaltes für die Durchführung einer künstlichen Befruchtung und eines Embryo-Transfers dient dem Schutz von Leben und Gesundheit der Beteiligten. Verstöße gegen den Arztvorbehalt stellen daher ein strafwürdiges Unrecht dar.

Zu § 12 (Mißbräuchliche Verwendung von Ei- und Samenzellen)

Mißbräuche mit menschlichen Keimzellen, die einem Arzt im Rahmen einer Sterilitätsbehandlung zur Verfügung gestellt wurden, müssen auch schon im Ansatz verboten werden. Deshalb ist ein strafrechtliches Verbot erforderlich. Es bezieht sich einerseits ganz allgemein auf den nicht zweckbestimmten Umgang mit den Keimzellen, zum anderen gezielt auf den Handel mit menschlichen Keimzellen, um einer Kommerzialisierung der menschlichen Fortpflanzungsfähigkeit vorzubeugen.

Zu § 13 (Verbotene Samenübertragung)

Die künstliche Insemination darf nur im Rahmen fester Partnerschaften durchgeführt werden. Wird Samen eines Dritten übertragen, so wird die Einheit der genetischen, leiblichen und sozialen Elternschaft, die für das Wohl und die spätere Entwicklung des Kindes von großer Bedeutung ist, zerstört. Deshalb ist jede heterologe künstliche Befruchtung auszuschließen.

Zu § 14 (Mißbrauch der extrakorporalen Befruchtung und des intratubaren Gametentransfers)

Die In-vitro-Fertilisation kann wegen der genannten grundsätzlichen Bedenken nur dann als Sterilitätsbehandlung zugelassen werden, wenn andere Behandlungsmethoden versagt haben oder aussichtslos sind. Insbesondere muß verhindert werden, daß eine In-vitro-Fertilisation dann vorgenommen wird, wenn die eigentliche Ursache für die Unfruchtbarkeit der Frau nicht im somatischen, sondern im psychischen Bereich zu suchen ist.

Die In-vitro-Fertilisation soll, wie auch die Insemination, nur im homologen System zulässig sein. Bei der Verwendung des Samens eines Dritten kämen zu den mit der In-vitro-Fertilisation verbundenen Problemen noch die besonderen Risiken einer heterologen Befruchtung hinzu. Dadurch würde die psychische Belastung des Paares erhöht und die Künstlichkeit des Zeugungsvorgangs noch weiter gesteigert, was sich möglicherweise auch auf das Wohl des Kindes auswirken könnte. Diese Erwägungen rechtfertigen es, die heterologe In-vitro-Fertilisation zu verbieten.

Auch das Konservierungsverbot des § 8 Abs. 2 ist aus den dort genannten Gründen mit einer strafrechtlichen Sanktion zu versehen.

Zu § 15 (Schwerer Mißbrauch von Fortpflanzungstechniken)

Zu Absatz 1

Die Techniken der künstlichen Befruchtung eröffnen die Möglichkeit schwerwiegender Mißbräuche. Ihnen gilt es, mit den Mitteln des Strafrechts entgegenzuwirken.

Zu Nummer 1

Eine menschliche Eizelle darf nur befruchtet werden zu dem Zweck, eine Schwangerschaft herbeizuführen. Mit der Verschmelzung von Eizelle und Samenzelle entsteht artspezifisches menschliches Leben. Die Erzeugung menschlichen Lebens zu anderen Zwecken als seiner Fortentwicklung zum Menschen, also insbesondere zu Forschungszwecken, ist mit der rechtlichen und ethischen Qualität dieses Lebens nicht vereinbar.

Soweit mit diesem Verbot die Freiheit von Wissenschaft und Forschung eingeschränkt wird, ist dies zulässig und gerechtfertigt. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Artikel 5 Abs. 3 GG) gehört zu den wesentlichen Grundelementen der Verfassung. Diese Freiheit kann indessen nicht grenzenlos sein; sie muß mit anderen Verfassungsgütern abgewogen werden. Der Gesetzgeber kann im Rahmen seiner Befugnis, die sich hieraus ergebenden Schranken der Forschungsfreiheit zu kritisieren, die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken gänzlich verbieten. Die Erzeugung menschlichen Lebens, dem von vornherein die Chance der Entwicklung zum Menschen genommen wird, läuft nämlich den aus Artikel 2 Abs. 2 GG ableitbaren Zielen des Lebensschutzes sowie der Entscheidung des Grundgesetzes für den absoluten Schutz der Menschenwürde zuwider.

Wegen des hohen Ranges des betroffenen Rechtsguts ist ein strafrechtliches Verbot erforderlich.

Außerdem darf ein Embryo nur mit dem Ziel erzeugt werden, ihn seiner genetischen Mutter einzusetzen. Wird ein Kind von einer anderen Frau ausgetragen als derjenigen, von der es abstammt, führt dies zu einer in biologisch-genetischer Hinsicht gespaltenen Mutterschaft, die einen tiefen Einbruch in das menschliche und kulturelle Selbstverständnis bedeutet, zu dem die Eindeutigkeit der Mutterschaft gehört. Mit der Ei- und Embryospende wird ein Schritt getan, der sich von der natürlichen Fortpflanzung weit entfernt. Die gespaltenen Mutterschaft kann für das Kind erhebliche Probleme bei der Identitätsfindung begründen, weil beide Mütter Anteil an seiner Entstehung haben. Bei einem genetisch geschädigten Kind besteht die Gefahr, daß es von der gebärenden Mutter abgelehnt wird. Ferner ist zu befürchten, daß die Eispenderin an dem weiteren Schicksal des genetisch von ihr abstammenden Kindes Anteil nimmt und damit für die austragende Mutter und das Kind eine schwierige Konfliktsituation entsteht.

Zu Nummer 2

Es bestehen keine zwingenden medizinischen Gründe, Eizellen auf Vorrat zu erzeugen und zu befruchten. Dies kann in der Praxis zur Entstehung von überzähligen Embryonen führen. Dem Prinzip des vorbeugenden Lebensschutzes widerspricht es jedoch, Embryonen zu erzeugen, deren Schicksal ungewiß ist, weil sich nicht absehen läßt, ob die Frau zu einem zweiten Transfer-Versuch oder – beim Gelingen des ersten Versuchs – zu einer weiteren Schwangerschaft bereit sein wird. Die bei der Vorratsbefruchtung zwangsläufig anfallenden überzähligen Embryonen schaffen die Versuchung, diese für andere Zwecke, beispielsweise für die Forschung, zu verwenden.

Um der Gefahr des Mißbrauchs von unbefruchteten weiblichen Eizellen vorzubeugen (vgl. § 12); soll schon die Gewinnung überzähliger Eizellen unter Strafe gestellt werden.

Die Behandlungsmethoden der künstlichen Befruchtung sind im übrigen so präzise auszuführen, daß eine Reduktion von Feten beim Auftreten von Mehrlingschwangerschaften ausgeschlossen ist. Die bewußte Inkaufnahme der gezielten Tötung von Mehrlingen im Mutterleib als Folge der künstlichen Befruchtung ist aus ethischen Gründen abzulehnen und strafrechtlich zu verbieten.

Zu Nummer 3

Die Einwände gegen eine Embryospende und die Verwendung von Embryonen zu anderen Zwecken als der Überbrückung von Sterilität gelten auch, wenn die Eizellen nicht außerhalb des Körpers befruchtet werden, sondern zu diesen Zwecken ein Embryo vor der Einnistung durch Ausspülung von seiner genetischen Mutter getrennt wird. Die Mißbrauchsgefahren könnten bei der Methode der Ausspülung noch größer sein, weil sie einen geringen technischen Aufwand erfordert, als die In-vitro-Fertilisation. Außerdem sind diese Methoden mit besonderen gesundheitlichen Gefahren für die Spenderin verbunden.

Die Vorschrift regelt zwei Fälle, nämlich die Entnahme zum Zwecke einer Eispende und die Entnahme zu anderen Zwecken, vornehmlich zu Forschungszwecken. Es handelt sich also um einen Vorfeld-Tatbestand gegenüber dem Verbot der Eispende und der Forschung an Embryonen. Auch für derartige Vorbereitungshandlungen sind Strafvorschriften erforderlich, da ansonsten bei arbeitsteiligem Vorgehen verschiedener Ärzte Strafbarkeitslücken bestünden.

Zu Nummer 4

Nicht nur das Unterfangen, eine Eizelle zum Zwecke der Eispende oder Embryospende zu befruchten (Nummer 1), ist strafwürdig, sondern auch die Übertragung einer unbefruchteten Eizelle und eines Embryos auf eine Frau, von der die Eizelle bzw. der Embryo nicht abstammt. Insbesondere besteht die Gefahr, daß das Verbot der Vorratsbefruchtung nicht so

streng beachtet wird, wenn die Möglichkeit der Embryo-Spende offensteht.

Zu Absatz 2

Zu Nummer 1

Der künstlichen Befruchtung einer Eizelle, die mit der Verschmelzung der Vorkerne von Ei- und Samenzelle erfolgt, ist das Stadium gleichzustellen, in dem die Samenzelle zwar eingedrungen ist, die Vorkerne jedoch noch nicht verschmolzen sind. Es kann dahinstehen, ob auch dieses Stadium bereits menschliches Leben im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 und des Artikels 2 Satz 2 GG darstellt. Zumindest liegt hier bereits ein Entwicklungsstadium zu artspezifischem menschlichem Leben vor. Das genetische Programm eines neuen Individuums ist bereits im Vorkernstadium festgelegt. Wird die Weiterentwicklung nicht abgebrochen, tritt die Kernverschmelzung innerhalb weniger Stunden ein, womit das genetische Programm abzulaufen beginnt.

Auch wenn die verfassungsrechtlichen Gebote zum Schutz des Lebens und der Menschenwürde im Vorkernstadium noch nicht anwendbar sein sollten, bestünde doch bei Erzeugung von Vorkernstadien zu Forschungszwecken eine Mißbrauchsgefahr, da schwer überwacht werden könnte, ob die Weiterentwicklung zum Embryo ausgeschlossen ist. Diese Gefahr wiegt so schwer, daß ein Verbot der Erzeugung von Vorkernstadien zu Forschungszwecken nicht zu einer unzulässigen Einschränkung der Forschungsfreiheit führt. Dies gilt um so mehr, als Forschung an Vorkernstadien nur für einen begrenzten Zeitraum und nur für begrenzte Fragestellungen in Betracht kommt.

Zu Nummer 2

Die Erzeugung von Vorkernstadien durch Mikroinjektion einer einzigen Samenzelle in eine Eizelle zu anderen Zwecken als der Herbeiführung einer Schwangerschaft ist der Erzeugung durch künstliche Befruchtung (Nummer 1) gleichzustellen.

Zu § 16 (Mißbräuchliche Verwendung menschlicher Embryonen)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift will die fremdnützige Verwendung extrakorporal erzeugter Embryonen verhindern. Jede Veräußerung — der Begriff wird hier nicht in zivilrechtlichem, auf eine „Sache“ bezogenen Sinn verstanden — sowie jede Abgabe, jeder Erwerb und jede Verwendung eines menschlichen Embryos zu einem nicht seiner Erhaltung dienenden Zweck werden ausnahmslos strafrechtlich verboten. Dahinter steht die Erwägung, daß menschliches Leben grundsätzlich nicht zum Objekt fremdnütziger Zwecke gemacht werden darf. Dies muß auch für menschliches Leben im Stadium seiner frühesten embryonalen Entwicklung gelten.

Zu Absatz 2

Diese Vorschrift will verhindern, daß Experimente mit menschlichen Embryonen durchgeführt werden, um eine „künstliche Gebärmutter“ zu entwickeln. Da die extrakorporale Entwicklung des Embryos zumindest vorübergehend seiner „Erhaltung“ dienen kann, würde die Verwendung menschlicher Embryonen für derartige Experimente nicht ohne weiteres unter Abs. 1 subsumiert werden können. Andererseits ist es erforderlich, auch insoweit unvertretbaren Experimenten mit menschlichem Leben entgegenzutreten.

Zu Absatz 3

Diese Bestimmung sieht die Strafbarkeit des Versuchs vor. Ihr kommt nicht zuletzt in Fällen des Absatzes 2 Bedeutung zu. Auch der Versuch, menschliches Leben sich zu experimentellen Versuchen weiterentwickeln zu lassen, kann von der Rechtsordnung nicht hingenommen werden.

Zu § 17 (Ersatzmutterschaft)

Die Ersatzmutterschaft steht in engem Zusammenhang mit den Methoden der Fortpflanzungsmedizin. Sie sollte daher umfassend und abschließend in diesem Gesetz geregelt und in ihrer normativen Behandlung nicht aufgespaltet werden in Bestimmungen über die Vermittlung (Adoptionsvermittlungsgesetz) und solche über die Durchführung.

Eine Ersatzmutterschaft, d. h. das Austragen eines Kindes durch eine Frau, die sich vor dem Beginn ihrer Schwangerschaft dazu verpflichtet hat, ihr Kind nach der Geburt Dritten zu übergeben, ist in jeder Form abzulehnen.

Es widerspricht dem Kindeswohl, wenn die psychosozialen Beziehungen zwischen der austragenden Frau und dem Kind völlig unberücksichtigt bleiben. Dies kann schon die Entwicklung des Kindes im Mutterleib beeinträchtigen. Auch kann sich die Trennung des Kindes von der Mutter nach der Geburt nachteilig auswirken. Das Auseinanderfallen zwischen austragender und sozialer Mutter kann zudem die Identitätsfindung des Kindes erheblich erschweren. Schließlich ist eine Ersatzmutterschaft mit großer Unsicherheit und möglichen psychischen Konflikten für alle Beteiligten sowie gesundheitlichen Risiken für die Ersatzmutter belastet. Es ist nicht zu verantworten, ein Kind in dem Wissen um all diese Risiken künstlich zu zeugen.

Die Vorschrift, die in Absatz 1 eine Begriffsbestimmung für die „Ersatzmutter“ aufstellt, enthält — vergleichbar den Bestimmungen in §§ 5, 6 des Adoptionsvermittlungsgesetzes — ein Vermittlungs- und Anzeigenverbot für den Bereich der Ersatzmutterschaft (Absätze 1 und 4). Als Tathandlung wird in erster Linie das „Zusammenführen“ der an einer Abrede über Ersatzmutterschaften interessierten Personen genannt. Darunter ist eine Tätigkeit zu verstehen, die darauf gerichtet ist, den Beteiligten wechselseitig einen Partner nachzuweisen, der willens ist, eine Ersatzmutterschaft zu verabreden.

Absatz 1 Satz 2 stellt den Nachweis der Gelegenheit zur Aufnahme des von einer Ersatzmutter auszutragenden Kindes unter Strafe.

Die Absätze 2 und 3 enthalten Strafverschärfungen für den Fall, daß der Täter gegen Entgelt oder gewerbsmäßig handelt.

Adressat des Verbots des Absatzes 3 ist in erster Linie der Arzt, dem die Vornahme von Maßnahmen der künstlichen Befruchtung vorbehalten ist. Ebenso kommen als Täter aber auch Heilpraktiker, Hebammen, Krankenschwestern sowie Vertreter verwandter Berufsgruppen in Betracht. Ihnen wird verboten, an Maßnahmen der künstlichen Befruchtung bei einer Ersatzmutter mitzuwirken.

Durch Absatz 4 wird sichergestellt, daß die an einer Ersatzmuttervereinbarung unmittelbar Beteiligten im Hinblick auf ihre etwaige Beteiligung an den in Absatz 1 und 4 umschriebenen Handlungen straffrei bleiben.

Zu § 18 (Verbotene Geschlechtswahl)

Da es heute bereits mit einem erheblichen Grad an Sicherheit möglich ist, Samenzellen mit dem weiblichen Geschlechtschromosom von denen mit dem männlichen Geschlechtschromosom zu trennen, kann in Fällen der künstlichen Befruchtung das Geschlecht des künftigen Kindes weitgehend festgelegt werden. Einer derartigen, nicht zuletzt auch Züchtungstendenzen Vorschub leistenden Manipulation ist entgegenzutreten.

Zu § 19 (Eigenmächtige Befruchtung und eigenmächtiger Embryotransfer)

Die modernen Methoden der extrakorporalen Befruchtung und der künstlichen Insemination eröffnen die Möglichkeit, menschliche Eizellen zu befruchten, ohne daß diejenigen eingewilligt haben, deren Keimzellen für die Zeugung verwendet werden. So ist es nicht ausgeschlossen, daß gegen den Willen der Frau anderer Samen als der ihres Lebenspartners für die In-vitro-Fertilisation eingesetzt wird. Umgekehrt etwa können auch die für eine Sterilitätsuntersuchung bereitgestellten Spermien ohne Wissen des Mannes für eine heterologe Insemination genutzt werden. Derartigen Mißbräuchen will § 19 Abs. 1 begegnen und damit nicht zuletzt gewährleisten, daß das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen in einem für ihn besonders wesentlichen Bereich erhalten bleibt. Daneben will die Vorschrift aber auch Gefahren für die Entwicklung des Kindes entgegenwirken, die zumindest dann nicht ausgeschlossen werden können, wenn seine Erzeugung in einer dem Willen der Beteiligten nicht entsprechenden Weise erfolgt ist. Die Herausbildung enger personaler Beziehungen zu dem Kind könnte hier zu dessen Lasten erschwert werden.

Diese Gesichtspunkte treffen in noch verstärktem Maße auf den Fall zu, daß ein menschlicher Embryo auf eine Frau übertragen wird, ohne daß sie in die

Übertragung eingewilligt hat. Absatz 2 sieht insoweit ein entsprechendes strafrechtliches Verbot vor.

Zu § 20 (Künstliche Veränderung menschlicher Keimbahnzellen)

Das Verbot der künstlichen Veränderung menschlicher Keimbahnzellen ist schon deshalb gerechtfertigt, weil bislang die gezielte Veränderung der Keimbahn nicht möglich ist und deshalb die Wirkungen einer genetischen Veränderung der Keimbahnzellen völlig unabsehbar sind. Dies ist um so gravierender, als von den Folgen der Therapie künftige Generationen mit betroffen werden. Spätwirkungen könnten noch Generationen später auftauchen.

Zu bedenken ist auch, daß das Grundgesetz von einem Menschenbild ausgeht, bei dem der Mensch ein nicht in seinen Erbanlagen manipuliertes Wesen ist. Der Gesetzgeber hat das Recht, die in Artikel 5 Abs. 3 GG gewährleistete Freiheit von Forschung und Wissenschaft zu beschränken, um dieses Menschenbild zu bewahren. Ein effektiver Schutz verlangt bereits im Vorfeld ein Verbot der künstlichen Veränderung von Keimbahnzellen, nicht erst ein Verbot der Verwendung der in dieser Weise veränderten Keimzellen.

Zu § 21 (Klonen)

Es verstößt in besonders krasser Weise gegen die Menschenwürde, künstlich einen Menschen zu erzeugen, der die gleiche Erbinformation wie ein anderer Mensch besitzt.

In gleicher Weise strafwürdig ist die Übertragung eines geklonten Embryos auf eine Frau.

Zu § 22 (Hybrid- und Chimärenbildung)

Der Schutz der Menschenwürde erfordert ein Verbot der künstlichen Erzeugung von Chimären- und Hybridwesen aus Mensch und Tier. Das Verbot soll verhindern, daß entwicklungsfähige Mischwesen entstehen.

In gleicher Weise strafwürdig ist es, einen Chimär- oder Hybridembryo auf eine Frau zu übertragen.

Desgleichen verstößt es in eklatanter Weise gegen die Menschenwürde, einen menschlichen Embryo oder einen Chimär- oder Hybridembryo auf ein Tier zu übertragen.

Zu § 23 (Bußgeldvorschrift)

Die in Absatz 1 Nr. 1 bis 6 aufgezählten Verstöße gegen dieses Gesetz erscheinen nicht so gravierend, daß strafrechtliche Vorschriften erforderlich sind. Andererseits sind in diesen Fällen Bußgeldvorschriften erforderlich, um die Einhaltung des Gesetzes zu gewährleisten.

Zu Artikel 2 (Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes)

Die vorgesehenen Änderungen nehmen alle Vorschriften, die Bestimmungen über die Vermittlung von Ersatzmutterchaften enthalten, aus dem Adoptionsvermittlungsgesetz heraus. Diese Tatbestände werden statt dessen mit denen über die Durchführung der Ersatzmutterchaft in Artikel 1 § 17 dieses Gesetzes geregelt.

Damit wird auch der Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes (Drucksache 11/4154) Rechnung getragen.

Zu Artikel 3 (Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches)*Zu Nummer 1* (§ 1589 BGB)

Im Interesse des Kindes darf es keine gespaltene Mutterchaft geben. Es muß gesichert sein, daß nur eine Frau rechtlich als Mutter angesehen wird. Diese Stellung soll schon aus Gründen der Rechtssicherheit der gebärenden Frau zukommen.

Das Bedürfnis für eine entsprechende gesetzliche Klarstellung wird durch das angestrebte Verbot der Ei- und Embryospende zwar geringer werden. Im Hinblick auf verbotswidrige oder im Ausland vorgenommene Eingriffe erscheint eine entsprechende Klarstellung in § 1589 BGB jedoch angezeigt.

Im übrigen handelt es sich um Folgeänderungen.

Zu Nummer 2 (§ 1591 BGB)

Die Methoden der modernen Fortpflanzungsmedizin, insbesondere die In-vitro-Fertilisation, ermöglichen es, daß eine Frau ein Kind von ihrem Manne empfängt, ohne daß dieser ihr beigezohnt, also mit ihr den Geschlechtsakt vollzogen hat. Das Erfordernis der Beiwohnung läßt in solchen Fällen keine Rückschlüsse auf die Ehelichkeit oder Nichteelichkeit eines Kindes zu. Andererseits erscheint es ausreichend, die Ehelichkeit eines Kindes dann anzunehmen, wenn die Frau vor oder während der Ehe den Samen von ihrem Ehemann empfangen hat, sei es auf natürlichem oder künstlichem Wege.

Zu Nummer 3 (§ 1596 BGB)

Die Einfügung einer weiteren Anfechtungsmöglichkeit für das Kind in § 1596 trägt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Januar 1989 Rechnung, in welchem festgestellt wird, daß die §§ 1593, 1598 i. V. m. § 1596 Abs. 1 BGB mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, soweit sie dem volljährigen Kind,

von den gesetzlichen Anfechtungstatbeständen abgesehen, nicht nur die Änderung seines familienrechtlichen Status, sondern auch die gerichtliche Klärung seiner Abstammung ausnahmslos verwehren.

Insbesondere wenn das Kind in einer nichtehelichen Partnerschaft auf künstlichem Wege gezeugt wurde, muß es ein Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung dann haben, wenn die Frau nicht den Vater des Kindes, sondern einen anderen Mann geheiratet hat. Diese Möglichkeit soll durch die Einfügung einer neuen Nummer 2a in § 1596 Abs. 1 BGB gewährleistet werden.

Die Altersgrenze korrespondiert mit der Vorschrift in § 10 Abs. 3 Fortpflanzungsmedizinengesetz (Artikel 1 dieses Gesetzes).

Zu Nummer 4 (§ 1600 o BGB)

Angesichts der modernen Fortpflanzungstechniken reicht die bisherige Vermutungsregelung in § 1600 o Abs. 2, daß das Kind von dem Manne gezeugt ist, welcher der Mutter während der Empfängniszeit beigezohnt hat, nicht mehr aus. Die Vorschrift ist deshalb in der vorgeschlagenen Weise zu ergänzen.

Zu Nummer 5 (§ 1615 a BGB)

Der neu angefügte Satz 2 soll das strafrechtliche Verbot der heterologen künstlichen Befruchtung durch eine Unterhaltspflicht desjenigen, der die künstliche Befruchtung durchgeführt hat, im zivilrechtlichen Bereich wirkungsvoll unterstützen.

Die Regelung ist im übrigen auch im Interesse des Kindes angezeigt, um das Risiko, Unterhaltsansprüche gegen andere Unterhaltspflichtige nicht durchsetzen zu können, weitgehend zu kompensieren.

Zu Artikel 4 (Änderung des Sozialgesetzbuches)

Der mit dem Gesundheits-Reformgesetz vom 29. Dezember 1988 vorgenommene Ausschluß der Leistungen für eine künstliche Befruchtung von der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen wird rückgängig gemacht.

Zu Artikel 5

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 6

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.